

## **Das Programm der Mehrheit in der Nationalversammlung sowie Begründungen für das Scheitern**

Die konkrete Aufgabenstellung verlangte einen Textbezug insofern, als aus einem vorgelegten Text das Programm der Mehrheit der Nationalversammlung herausgearbeitet werden sollte. Zu diesem Ziel empfiehlt es sich, sich zunächst in Stichpunkten das Programm der bürgerlich-liberalen Mehrheit zu vergegenwärtigen und dann erst die einzelnen Punkte mit den Textstellen zu vergleichen.

Die bürgerlich-liberale Mehrheit vertrat folgende Positionen:

- friedliche Lösung und Ausgleich mit den bestehenden Mächten, d. h. Einigung und Neuordnung Deutschlands auf dem Verhandlungsweg;
- Verständnis der Nationalversammlung als schiedsrichterlicher Ausgleich zwischen den widerstrebenden Interessen, d. h. Vermittlerrolle unter größtmöglicher Wahrung der partikularen Interessen;
- Festhalten am monarchischen Prinzip durch Berufung des preußischen Königs zum Kaiser;
- Ablehnung der bisherigen Zentralgewalt als das letzte gemeinsame und gesetzliche Band zwischen allen deutschen Regierungen und Völkern, damit ein Festhalten am Prinzip der Legalität, die nicht verlassen werden darf.
- entschiedenes Eintreten für liberale Freiheitsrechte,
- geringes Interesse für die soziale Problematik der Zeit (siehe auch die Zusammensetzung der Nationalversammlung).

Bei den Gründen ist darauf zu achten, dass nicht die Gründe für das Scheitern der gesamten Revolution angeführt werden, sondern dass das Scheitern der bürgerlich-liberalen Mehrheit in der Nationalversammlung ausführlich begründet wird.

Die Verfassunggebende Nationalversammlung hatte zunächst ein doppeltes Problem, da sie nicht nur eine Verfassung, sondern auch einen neuen Staat schaffen musste. Dieser neue Staat aber war zu bilden aus bestehenden Mächten, die ihre Souveränitätsrechte dazu abtreten mussten – was ja bereits 1815 nicht gelungen war. Die Nationalversammlung musste also nicht nur dieses Problem lösen, sondern auch den Dualismus zwischen den beiden Großmächten innerhalb des Deutschen Bundes, Preußen und Österreich, ausgleichen.

Aus diesem Dilemma hätte nur die revolutionäre Gewalt herausgeführt – die aber die Mehrheit ablehnte. Ein Anschluss der Revolution an Preußen und damit eine frühe deutsche Einigung unter preußischer Führung widersprach sowohl den liberalen Prinzipien als auch dem preußischen Selbstverständnis.

Umfang und Grenzen des neuzuschaffenden deutschen Staates waren noch zu unklar und zu wenig definiert, um nicht die europäischen Großmächte auf den Plan zu rufen – auch wenn ein direktes Eingreifen (außer in der Schleswig-Holstein-Frage) von ihrer

Seite her nicht nötig war –, da sie in einem neuen Großstaat eine Gefährdung des Gleichgewichts auf dem Kontinent sehen mussten. Gleichzeitig aber bot die Verbindung der nationalen Frage mit dem Vielvölkerstaat Österreich ein unüberwindliches Problem insofern, als eine Verwirklichung des Nationalstaates Österreich hätte auseinanderbrechen lassen und ein Einbezug nichtdeutscher Reichsteile für diese nicht diskutabel war (großdeutsche – kleindeutsche Lösung). Andererseits war Österreich auch ein zu starker Machtfaktor, als dass die Einigung ohne Österreich durchzuführen gewesen wäre.

Darüber hinaus sind folgende Gründe für das Scheitern anzuführen:

- Fehleinschätzung der realen Machtverhältnisse und der Kompromissbereitschaft der bestehenden Mächte;
- Fehleinschätzung des preußischen Königs, der im Prinzip die Revolution insgesamt ablehnte und höchstens als Mittel der Politik bereit war, revolutionäre Ereignisse zu akzeptieren (Märzgefallene 1848 in Berlin);
- Verzicht bzw. Unfähigkeit der Nationalversammlung, eigene Machtinstrumente zu schaffen: Die Nationalversammlung war damit in den entscheidenden Momenten handlungsunfähig und wäre auf die militärische Unterstützung durch die bestehenden Mächte angewiesen gewesen; sie geriet dadurch in der Öffentlichkeit in die Rolle eines Debattierclubs ohne Macht und Durchsetzungsvermögen.
- Beschränkung auf die Mehrheit in der Nationalversammlung, ohne Rückhalt in der breiten Masse; es gelang den bürgerlich-liberalen Kräften nicht, sich an die Spitze einer revolutionären Volksbewegung zu stellen – an die Spitze dieser Bewegung sich zu stellen, verbot ihnen der unterschiedliche politische Standort. So wich diese Gruppe vor der Masse zurück, aus Furcht teils vor gewalttätigen Aktionen, teils vor dem damit verbundenen tiefgreifenden politisch-sozialen Umsturz. Dieses Zurückweichen aber ließ sie noch mehr auf die Verständigungsbereitschaft der Fürsten angewiesen sein.